

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 105 (1972)
Heft: 48

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
105. Jahrgang. Bern, 1. Dezember 1972

Organe de la Société des enseignants bernois
105^e année. Berne, 1^{er} décembre 1972

Was ist uns das Lehrerbesoldungsgesetz unter den jetzigen Umständen noch wert?

Ergänzungen zum Bericht des Zentralsekretärs über die ausserordentliche Abgeordnetenversammlung vom 25. Oktober 1972 im Versammlungsraum des Weltpostvereins in Bern (siehe Berner Schulblatt Nr. 44 vom 11. November 1972).

Die Versammlung wurde kurz nach 16 Uhr vom Präsidenten *Fritz Gerber*, Zweisimmen, eröffnet und dauerte genau drei Stunden. Anwesend waren 118 Stimmberechtigte sowie Lehrergrossräte als Gäste. Alle Verhandlungen wurden wiederum in bewährter Weise von den Dolmetscherinnen Frl. Kaestli und Frau Neuenschwander simultan übersetzt, und es ist zu wünschen, dass der Weltpostverein den sehr geeigneten Raum dem BLV auch in Zukunft überlassen wird. Über das Wesentlichste ist von Marcel Rychner, Zentralsekretär, schon im nächstfolgenden Berner Schulblatt zusammenfassend berichtet worden. Wir können uns somit auf dasjenige beschränken, was unsere Leser als Mitglieder des BLV zusätzlich interessieren dürfte. Dazu gehören vor allem die Referate von *Markus Bürki*, Mitglied des Leitenden Ausschusses, und *Hans Perren*, Präsident des Leitenden Ausschusses. Was *Kurt Vögeli*, Kantonalpräsident, ausführte, ist zur Hauptsache im Bericht des Zentralsekretärs enthalten; er gab Rechenschaft darüber, was seit der a. o. Abgeordnetenversammlung vom 2. September unternommen wurde und geschehen ist.

Es sei vorausgehend erwähnt, dass die Versammlung zwar würdig verlief, die Diskussion aber eifrig benutzt wurde, ohne dass man sich wiederholte oder gebeten werden musste, sich zu beschränken, was gewiss zum guten Teil der überlegenen und sachlichen Leitung des Präsidenten Fritz Gerber zu verdanken war. So wurde zu der am Schluss der Versammlung gefassten *Resolution* viermal über Einzelheiten abgestimmt, bis sie schliesslich (bei bereits gelichteten Reihen) mit 81:3 Stimmen angenommen werden konnte.

Nun zu den Debatten selbst

Markus Bürki, Mitglied des Leitenden Ausschusses, wandte sich einleitend mit folgenden Worten an die Versammlung:

«Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Der Leitende Ausschuss, der Kantonalvorstand und teilweise auch die Kommissionen haben eine sehr bewegte Zeit hinter sich.

Ob sich der grosse Aufwand an Zeit, Geld und Nervenkraft gelohnt hat, darüber mag sich jeder selber ein Urteil bilden. Vielleicht rechtfertigt die Zukunft unsere Bemühungen besser.

Es steht heute so gut wie fest: das 4. Maximum wird nur an die Lehrer an höheren Mittelschulen voll ausbezahlt.

(Allerdings wird der Grosse Rat in letzter Instanz darüber befinden).

Weiter steht fest: wir haben längst nicht alles erreicht, was wir Lehrer aller Gruppen uns vorgestellt hatten, aber doch einiges.

Wir stehen hier wohl alle vor einer Situation, wie wir sie im Unterricht oft genug erleben: man hat trotz psychologisch und methodisch geschickter Vorbereitung ein Ziel nicht, oder nur teilweise, erreicht.

Dann stellt man sich Fragen:

- War das Ziel zu hoch gesteckt, hat man eigene Wunschvorstellungen für realisierbare Möglichkeiten gehalten?
- Hat man absichtlich, aus taktischen Gründen, zuviel verlangt, um wenigstens etwas zu erreichen?

Ich möchte diese Fragen hier nicht beantworten, Tatsache bleibt, dass unsere Wünsche *zum Teil* nicht erfüllt, unsere Ziele *nicht alle* erreicht sind.

Bevor wir nun im ersten Ärger über das Nicht-Erreichte gleich das ganze Gesetz samt Besoldungsdekret und Pflichtstundenverordnung ins Pfefferland wünschen, müssten wir versuchen, Bilanz zu ziehen, nochmals abzuwagen zwischen Vor- und Nachteilen und zum Schluss eine Antwort auf die Frage geben:

Was ist uns das Lehrerbesoldungsgesetz unter den jetzigen Umständen noch wert?

Das neue LBG konnte von Anfang an nicht mit der Gegenliebe aller Lehrerkategorien rechnen; ein solcher Systemwechsel wie der der Kantonalisierung der Lehrerbewilligungen konnte nicht für alle *nur* Vorteile bringen, das war wohl klar.

Versuch einer Lagebeurteilung und Wertung

I Die Nachteile des neuen LBG

1. Die Besoldungsfortschritte sind sehr unterschiedlich je nach Dienstort (Wegfall von Gemeinde-, Wohnungs- und Abgelegenheitszulagen) und Alter. In verschiedenen Fällen muss sogar die Besitzstandgarantie in Anspruch genommen werden.

Inhalt - Sommaire

Was ist uns das Lehrerbesoldungsgesetz unter den jetzigen Umständen noch wert?.....	399
Points de vue et commentaires	401
Section jurassienne des maîtres de gymnastique	402
Centre de perfectionnement du corps enseignant	403
Société des enseignants bernois	403
Mitteilungen des Sekretariates	404
Communications du Secrétariat	404
Vereinsanzeigen – Convocations	410

2. Der Stufenausgleich entspricht nicht den Vorstellungen der Vertreter der Primar-, Sekundar- und Gymnasiallehrer (allerdings ließen sie einander teilweise zuwider). Durch den Wegfall des 4. Lohnmaximums bei allen Kategorien außer bei den Lehrern an höheren Mittelschulen werden die Relationen empfindlich gestört.
3. Die Pflichtstundenverordnung der ED sieht für PL und SL eine Verpflichtung von je 28 Wochenlektionen bei gleicher Wochenzahl (39) vor.
Der Kantonalvorstand weist diese Unterrichtsverpflichtung zurück und beharrt auf seiner Eingabe vom 21.6.1971 (28 Lektionen für PL, 27 Lektionen für SL bei gleicher Wochenzahl.)
4. Die Arbeitslehrerinnen werden trotz der besonderen Bezahlungserhöhung Mühe haben, die Lohnrelation zur Primarlehrerin in der Praxis beizubehalten (Schwierigkeiten, wegen der verschiedenen Arbeitsorte ein volles Pensum von 29 Lektionen zu erreichen).
- Die ED hat anlässlich einer Besprechung Verständnis gezeigt für die Lage der Arbeitslehrerinnen und in Aussicht gestellt, dass der Zeitverlust durch den Unterricht an verschiedenen Schulorten durch Entlastungsstunden ausgeglichen werden könne. Auf etwas Verbindliches und auf konkrete Zahlen hat sie sich allerdings nicht eingelassen.

II Die Vorteile des neuen LBG

- In Zukunft wird der Grosse Rat zuständig sein für die Festsetzung der Lehrerbesoldungen (Dekret). Um diesen Vorteil hat die bernische Lehrerschaft seit Jahrzehnten gekämpft. Besonders die Lehrer in kleinen Gemeinden, aber auch die in den Städten, werden es zu schätzen wissen, dass es künftig nicht mehr von der Gunst der Stimmbürger abhängen wird, ob sie ihren Lohn bekommen sollen oder nicht.
- Alle Lehrerkategorien fallen unter das LBG; bisher wurden einige nach dem Beamtendekret besoldet (Staatsseminar, Progymnasium Pruntrut z. B.). Es wird in Zukunft leichter sein, die Relationen aufeinander abzustimmen, vorausgesetzt allerdings, dass die gesamte Lehrerschaft eine solidarische Haltung einnimmt.

Was mit dem 4. Maximum geschehen ist, wird sich auch in Zukunft nur schwerlich vermeiden lassen, solange sich die Lehrerschaft gegen aussen uneinig und gespalten zeigt.

Solange einzelne Lehrergruppen ihre Sonderinteressen unter Umgebung des BLV direkt mit der Erziehungsdirektion oder mit der Finanzdirektion besprechen und dort direkt Vorteile einzuhandeln versuchen, solange wird es auch möglich sein, Lehrerkategorien einzeln „abzuschlachten“ und einzelnen Vorteile zu gewähren, die man gerechterweise allen zugestehen müsste.

- Die bisher praktisch unveränderlichen Komponenten der Besoldung (Abgelegenheits- und Wohnungszulagen, freiwillige Gemeindezulagen) werden mit dem heutigen Maximalwert eingebaut und machen in Zukunft die Lohnentwicklung automatisch mit (Reallohnzulagen in %, TZ).
- Gleiche Besoldung bei gleicher (messbarer) Belastung Stadt-Land, Mann-Frau.
- Starke Reallohnernöhung besonders für das Land. Eine gewisse «Beförderungsmöglichkeit» durch Lohnzu-

lagen mit 35, 40 und (ev. nur für Lehrer an höheren Mittelschulen) 45 Jahren.

- Keine Übergangslösung durch Staffelung (wie beim Staatspersonal); der ganze Aufschlag wird auf einmal wirksam.
- Eventuell pro-rata-Zahlung der ersten paar Zusatzstunden; (Zusicherungen seitens der Erziehungsdirektion haben wir allerdings auch noch keine).
- Die Altersentlastung von 2 Lektionen soll nun, nach mehrmaliger Intervention des BLV bei der ED, vom 50. Altersjahr den Lehrkräften aller Stufen gewährt werden. Für die Seminar- und Gymnasiallehrer bedeutet das den status quo, für die übrigen Kategorien eine spürbare Verbesserung.

Auch dieser Katalog der Vorteile liesse sich erweitern; ich habe versucht, mich auf das Wesentlichste zu beschränken.

Nun ist es an Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bilanz zu ziehen. Sie müssen heute zu einem grundsätzlichen Entschluss kommen, der das weitere Vorgehen in dieser Sache weitgehend bestimmen wird:

Scheinen Ihnen die Vorteile des neuen LBG gewichtig genug, dass Sie die Nachteile noch in Kauf nehmen könnten?»

Hans Perren stellte als Präsident des Leitenden Ausschusses fest, dass die Forderungen des BLV nicht alle erfüllt worden seien, warf jedoch zugleich die Frage auf, was wir durch eine demonstrativ heftige Reaktion erreichen könnten. In die Presse gelangen? Diese habe die Besoldungsansätze bereits genannt, in der Bevölkerung habe man aber auf diese Zahlen nicht besonders günstig reagiert. Noch sei der letzte Entscheid nicht gefallen, der Grosse Rat werde erst noch Stellung nehmen müssen. Man werde sich vorher mit den Lehrergrossräten besprechen und von der Resolution nach sorgfältiger Beratung mit einigen bereits eingeladenen Grossräten den Gebrauch machen, der am meisten Erfolg verspreche.

Die an der Abgeordnetenversammlung gefasste Resolution hat folgenden Wortlaut:

Resolution

der Abgeordnetenversammlung des BLV vom 25. Oktober 1972

Die Abgeordnetenversammlung des Bernischen Lehrervereins hat am 25. Oktober 1972 mit Bedauern Kenntnis genommen, dass Regierungsrat und Grossrätliche Kommission die Vorlage für ein Lehrerbesoldungsgesetz, auf die sich Erziehungsdirektion und BLV nach längeren Verhandlungen geeinigt hatten, verschlechtert haben. Die vorgeschlagene Kürzung der Endbesoldung trüfe ausgerechnet die Lehrer mit längerer Erfahrung.

Auch die ursprüngliche Fassung des Dekrets würde zwar dem Grossteil der Lehrerschaft infolge Wegfalls der Gemeinde-, Wohnungs- und Abgelegenheitszulagen nur beschränkte Vorteile bringen; als Ganzes könnte sie aber, hauptsächlich auf dem Land und wegen des Besoldungszuschlags für über 45jährige Lehrer als Fortschritt bezeichnet werden.

Der Besoldungszuschlag war in der «Botschaft» zum Lehrerbesoldungsgesetz, (S. 3, linke Spalte, Zeilen 9 bis 13 und S. 4, rechte Spalte, unter Ziffer 5.3) in bestimmte

Aussicht gestellt und als Beförderungsmöglichkeit für berufstreue Lehrer auch in der Presse bekanntgegeben worden; die Lehrerschaft hatte mit Genugtuung davon Kenntnis genommen und wäre über eine Herabsetzung des 4. Maximums sehr enttäuscht.

Die Abgeordnetenversammlung

- ersucht den Grossen Rat dringend, diesen wichtigen Lohnbestandteil vollumfänglich beizubehalten und die Einigungsvorlage ohne wesentliche Änderung zu verabschieden,
- dankt allen, die am Zustandekommen der Vorlage beteiligt waren und
- vertraut darauf, dass die Neuerung auf den 1. April 1973 in Kraft treten wird.

In der *Diskussion*, die gut zwei Stunden dauerte, wurden hauptsächlich zu folgenden Teilproblemen Fragen gestellt und beantwortet oder Einwände und Wünsche begründet:

- *Zulagen* für verschiedene Funktionen (nunmehr teuerungszulagenberechtigt);
- zentrale *Lohnauszahlung* durch den Staat, wahrscheinlich ab 1. April 1973;
- Gründe für die *Ablehnung des 4. Maximums* (ausser für die höheren Mittelschulen) durch die Regierung: wegen der Quervergleiche zum Staatspersonal (Dekret vom Mai 1972);
- verhängnisvolle Auswirkung der *Nebenbeschäftigung* und der langen Ferien auf die Einschätzung unserer Leistung;

- Bedeutung der *Besitzstandgarantie* für Sonderfälle;
- gerechter *Stufenausgleich* (Standpunkte verschieden);
- Bewertung der geplanten *Pflichtlektionenordnung* gegenüber dem heutigen Zustand; (günstiger, weil fünf Lektionen je Halbtag möglich? gleiche Belastung wie heute? höhere Belastung?)
- Nachteile der zu engen Verquickung von Besoldungseinreichung und Pflichtlektionenordnung, besonders auf der Unterstufe (wobei die Erziehungsdirektion das Vollamt bei jeder Schulwochenzahl als Regel verwirklichen möchte, ohne Einbezug der Zusatzfächer);
- Nachteile einer (drohenden)Regelung der Unterrichtsverpflichtung durch den Grossen Rat selbst, auf dem Dekretsweg;
- Wegfall des Rodels (ausfallende Stunden an Festtagen usw. müssen nicht mehr sklavisch nachgeholt werden);
- gemeinsame *Pausenordnung* benachbarter Primar- und Sekundarschulen;
- Anrechnung von *Skilagern* (für alle Schulen mit gleichviel Schulwochen Gleichbehandlung vorgesehen);
- direkte *Eingaben von Gruppen* an Erziehungsdirektion, Regierung, grossräumliche Kommission, statt auf dem «Dienstweg» über Leitenden Ausschuss, Kantonalvorstand des BLV;
- Bewertung des *Gesamtergebnisses* der Verhandlungen (von einem jurassischen Sektionspräsidenten als für die grosse Mehrheit sehr befriedigend bezeichnet; kein Widerspruch).

Der beauftragte Berichterstatter:
Hans Adam

L'Ecole bernoise

Points de vue et commentaires

A l'Ecole normale de Porrentruy

Carence en équipement sportif

En juin dernier, nous attirions succinctement l'attention de l'opinion publique sur l'absence d'équipement sportif dans la nouvelle Ecole normale de Porrentruy. Aujourd'hui, nous nous adressons, avec insistance, aux autorités pédagogiques et financières cantonales, les priant de nous allouer un montant de Fr. 20 000.- destiné à rendre rationnellement utilisable une salle de loisirs sportifs à aménager au rez-de-chaussée de la nouvelle bâisse.

Rôle de la culture physique...

«La gymnastique scolaire, partie intégrante de l'éducation générale, a pour but le plein épanouissement des forces et des aptitudes physiques. Son action éducative doit contribuer au développement des valeurs morales et spirituelles de l'enfant* et lui apporter les principes qui régissent une vie saine.»

Tirée du *Manuel suisse de gymnastique scolaire*, Livre I, édition 1962, cette définition se devrait d'être appliquée à la lettre dans une école professionnelle chargée de la formation de futurs enseignants. Est-ce réellement possible dans les conditions actuelles d'enseignement? Trois séances, d'environ 40 minutes chacune, suffisent-elles à épanouir un adolescent soumis à un horaire hebdomadaire comportant plus d'une quarantaine de leçons? Sincèrement, nous ne le pensons pas.

D'autre part, comment nos élèves transmettront-ils leurs acquisitions techniques sans une formation pratique valable, un banc d'essai dans les classes d'application? Ils éprouveront inévitablement de grandes difficultés, puisque la possibilité de «s'essayer» dans un domaine aussi complexe que l'enseignement de la gymnastique ne leur est pas offerte au cours de leurs études.

... et conditions actuelles d'enseignement

Chacun reconnaît que la formation pédagogique actuelle des Normaliens dans le domaine de l'éducation physique est insuffisante. Les experts l'ont souligné dans des séances d'examen, et des autorités (commissions, ins-

* Par extension: du Normalien.

pecteur) ont rédigé de longs rapports étayés d'arguments pertinents. L'ancien directeur de l'Ecole normale, s'appuyant sur des ordonnances et des situations concrètes, s'est attaché avec opiniâtreté à prouver et revendiquer la nécessité absolue d'installations modernes. Ce fut en vain! Le nouveau bâtiment de l'Ecole normale s'édifia sans équipement sportif.

Il en avait été décidé ainsi en 1961 déjà. Je cite le rapport de M. Guéniat, adressé à la DIP le 19 juillet 1968: *Lors de la séance du 26.9.1961, à Berne, où fut décidé le principe de la construction d'une nouvelle Ecole normale à Porrentruy, nous avions émis le vau d'obtenir, par la même occasion, une halle de gymnastique. Mais M. Türl, alors architecte cantonal, nous avait répondu que les balles de l'Ecole cantonale, mises en commun, devaient suffire, nous menacant même de suspendre là les pourparlers si nous insistions.*

Nous ne fûmes pas long à nous rendre compte de cette monumentale lacune. Le nombre croissant d'élèves et l'ouverture de nouvelles classes compliquèrent à l'extrême la confection des horaires de l'Ecole cantonale et de l'Ecole normale. Devant cette situation, nous demandions, en 1968, la construction d'une salle de gymnastique et l'aménagement d'un bassin de natation en sous-sol. Ces installations auraient permis aux Ecoles normales (d'instituteurs et de maîtresses ménagères), ainsi qu'aux classes d'application logées dans la nouvelle bâtie, de bénéficier d'un enseignement régulier et varié, selon un horaire journalier judicieux tant du point de vue pédagogique que physiologique. L'Ecole cantonale aurait pu disposer à son gré des deux salles du Tirage, solution qui aurait permis à cette grande école de se conformer aux exigences légales en ce qui concerne le nombre hebdomadaire de toutes ses leçons de culture physique. A proprement parler, notre proposition ne fut pas retenue!

Lors de la construction du complexe sportif du Collège Saint-Charles, nous apprenions que l'Etat envisageait l'éification de nombreux bassins de natation disséminés dans le canton. C'est du moins l'argument qui fut invoqué pour nous refuser un crédit couvrant les frais de location d'une leçon hebdomadaire de natation par classe, soit environ Fr. 5000.- par année.

L'achat du stade de football du Tirage par l'Etat de Berne fut également envisagé, de même que la construction de deux salles de gymnastique et d'un bassin de natation sur l'actuel terrain d'entraînement, le tout destiné aux écoles d'Etat. Cette dernière solution, abandonnée pour être réétudiée vers 1980, était-elle une mesure visant à éliminer, à tout jamais, le projet présenté et ardemment défendu par M. Guéniat?

Au plan des loisirs et dès cette année, «Jeunesse et Sport» fait miroiter un large éventail de possibilités, auxquelles nos jeunes gens ne peuvent valablement répondre faute d'installations et de locaux adéquats. L'éducation physique et sportive, source d'équilibre, partant de joie, se voit, une fois de plus, reléguée à l'arrière-plan... place lui devenant coutumière!

Un palliatif polyvalent et peu onéreux

Le nouveau bâtiment de l'Ecole normale, que vous pourrez tout à loisir visiter le jour de l'inauguration, abrite un home groupant environ 80 jeunes gens, qui prennent leurs repas à l'école. Dans son agencement fonctionnel, une salle de loisirs à caractère sportif a naturellement trouvé place. Il s'agit maintenant de l'équiper rationnellement, afin d'en tirer parti dans notre enseignement. Cette éventualité nous donnera, d'autre

part, une plus grande liberté d'action dans l'établissement de nos horaires.

Soucieux de joindre l'utile à l'agréable, et après avoir visité de semblables installations répondant aux besoins d'une jeunesse avide de se dépasser, nous nous proposons d'équiper notre école d'une salle de musculation (Athletic Power Center). Cette robuste installation groupe une dizaine de stations, offre une trentaine de possibilités d'exercices et permet une école du corps systématique selon un entraînement programmé. Complété par une bicyclette d'entraînement, un punching-ball et un assouplisseur pour le dos, ce «centre de musculation» (salle-à-tuer-intelligemment-la-bête!) étofferait notre enseignement. Par une musculation progressive, nos jeunes gens acquerraient la force qui leur fait actuellement défaut pour réaliser de bonnes performances athlétiques ou gymniques. L'aspect «détente» ne serait pas délaissé, puisque nous proposons l'achat de deux tables amovibles de ping-pong, qui nous autoriseraient à organiser également des compétitions.

De l'avis du représentant de la maison consultée, les dimensions de notre salle se prêtent sans restrictions à l'installation des acquisitions envisagées. Pour une somme de Fr. 20 000.- environ, la culture physique ne serait pas complètement ignorée dans la nouvelle construction.

Un emplâtre sur une jambe de bois

Nous avons clairement et objectivement démontré que la situation dans laquelle nous nous débattons crée constamment des tensions, se dégrade chaque année et nuit finalement à la discipline d'enseignement. Depuis cet automne, nous nous sommes vus dans l'obligation de louer les installations de Saint-Charles, à raison de trois leçons hebdomadaires!

Nos jeunes gens n'ont donc pas les possibilités de s'organiser et de pratiquer les sports comme ils devraient être en droit de le faire, cela en raison des installations insuffisantes en comparaison des effectifs en constante augmentation.

L'équipement polyvalent, dont nous aimeraissons voir doter notre école dans l'immédiat, ne diminue en rien les revendications formulées dans la première partie de notre rapport. L'Ecole normale de Porrentruy doit être équipée selon le plan proposé par M. Guéniat dans sa lettre du 19 juillet 1968.

Jean-Louis Joliat

maitre de culture physique
à l'Ecole normale de Porrentruy

Section jurassienne des maîtres de gymnastique (SJM)

Marche dans le Haut-Valais

Ils furent onze collègues à se rencontrer, en gare de Kandersteg, ce samedi matin 9 septembre. Sous l'aimable et compétente direction de Jean Rérat, ils s'en allaient découvrir ou retrouver une région du Valais particulièrement intéressante et variée.

La journée commença gentiment par un parcours en train et en car jusqu'à Blatten, que suivit la montée à

Belalp en téléphérique. On dîna face à la petite église bien connue, et l'on se mit en marche dans la direction du glacier d'Aletsch qu'on devait traverser dans sa partie inférieure. Ce ne fut pas une sinécure, mais la prudence du chef et la gentillesse des collègues expérimentés permirent aux novices de franchir sans encombre les passages délicats.

Laissant derrière eux le glacier et ses crevasses, les participants jouirent d'un parcours moins accidenté à travers la splendide forêt d'Aletsch, réserve naturelle et paradis de la vie sauvage.

L'escalade du col de Rieder Furka et la descente sur Riederalp complétèrent l'itinéraire pédestre de la première journée. Par le téléphérique, le train et le car, on gagna Binn, où une table excellente et un gîte confortable permirent à chacun de récupérer joyeusement ses forces.

Les choses faillirent se gâter au matin du dimanche, la pluie et le brouillard s'étant mis de la partie. On ne se laissa pas abattre, pourtant; et une éclaircie fut, un peu plus tard, le signal du départ.

En direction de Feld, la pente se fit douce tout d'abord, puis de plus en plus abrupte. On s'éleva rapidement de plus de mille mètres et, ayant atteint le Geisspfadsee, on se trouva dans un impressionnant chaos de blocs de rochers et d'éboulis. Le chef guida sa petite troupe à travers le désert de pierre qu'est, à cet endroit, la frontière italo-suisse. De rocher en rocher, plus sautant que marchant, on entreprit la descente sur l'Alp Devero. La pluie et le brouillard voulaient bien attendre, pour se manifester sérieusement, que l'on fût en vue de Goglio, petit village italien d'où l'on gagna Domodossola en voiture. Retour en train sans histoire, sinon celles que l'on se conte, heureux, dans la détente qui suit l'effort. Et l'on se dit au revoir à Kandersteg, non sans émettre le vœu de récidiver l'an prochain.

Merci à la SJMG d'avoir organisé cette course passionnante.

Janine Houmard, Champoz

Centre de perfectionnement du corps enseignant

Communication...

Nous attirons l'attention de

– toutes les institutions et associations qui ont organisé

des cours ou manifestations de perfectionnement,

– tous les participants aux cours isolés,

que le décompte relatif à une demande de subvention doit parvenir au Centre de perfectionnement, case postale 55, 2720 Tramelan, jusqu'au 15 décembre 1972. Passé ce délai, aucun décompte ou demande ne pourra être pris en considération.

Pour l'avenir, une *demande préalable* de subvention doit être obligatoirement adressée au Centre au moins un mois avant la date du cours ou de la manifestation.

... et recommandation

Par ailleurs, le Centre de perfectionnement recommande le cours d'introduction Jeunesse et Sport pour le ski, dont l'annonce a paru dans *L'Ecole bernoise* 46, du 17 novembre, page 389, et dont le délai d'inscription est reporté au 1^{er} décembre.

Société des enseignants bernois (SEB)

Après l'assemblée extraordinaire des délégués

« Que vaut encore pour nous, dans les circonstances présentes, la loi sur les traitements? »

Complément au rapport publié par le secrétaire central au sujet de l'assemblée extraordinaire des délégués qui s'est tenue, le 25 octobre, dans la salle de l'Union postale universelle, à Berne (voir *L'Ecole bernoise* 44, du 11 novembre).

Généralités

L'assemblée, ouverte peu après 16 heures par le président *Fritz Gerber* (Zweisimmen), devait durer exactement trois heures. Y assistaient 118 délégués ayant le droit de vote et, en tant qu'invités, un certain nombre de collègues députés. L'ensemble des débats fit, cette fois encore, l'objet d'une excellente traduction simultanée par les soins de M^e Kaestli et M^e Neuenschwander, interprètes; et il faut souhaiter que l'Union postale universelle puisse, à l'avenir, mettre encore à disposition de la SEB une salle qui se prête si bien à ses besoins.

Marcel Rychnar, secrétaire central, a déjà, dans un numéro de *L'Ecole bernoise* paru peu après l'assemblée, rendu compte, en résumé, de l'essentiel des discussions. Nous pouvons donc nous limiter à parler ici de ce qui peut encore présenter pour nos lecteurs, en leur qualité de sociétaires SEB, un intérêt supplémentaire. Il s'agit avant tout des rapports de *Markus Bürki*, membre du Comité cantonal, et de *Hans Perren*, président du Comité directeur. L'intervention de *Kurt Vögeli*, président du Comité cantonal – qui faisait état de ce qui a été entrepris et de ce qui s'est passé depuis l'assemblée extraordinaire des délégués du 2 septembre, – a été reprise en majeure partie dans le rapport du secrétaire central.

Notons, pour commencer, que l'assemblée se déroula très dignement; la discussion y fut pourtant abondante et vive, sans donner lieu à de vaines redites et sans qu'on dût prier qui que ce fût de se limiter. Le mérite en revient pour une large part à la fermeté et à l'objectivité dont le président *Fritz Gerber* fit preuve dans la conduite des débats. On le vit bien à propos de la résolution adoptée en fin de séance par l'assemblée, lorsqu'il fallut voter quatre fois sur des points de détail avant de la voir finalement approuvée par 81 voix contre 3 (on le constate, les rangs des délégués s'étaient déjà éclaircis...).

Et maintenant, venons-en aux débats eux-mêmes. *Markus Bürki*, membre du Comité cantonal, s'adressa tout d'abord à l'assemblée en ces termes:

Chers collègues,

Le Comité directeur, le Comité cantonal et, dans une certaine mesure, les Commissions spéciales SEB ont derrière eux une période fort agitée. Quant à savoir si la grande dépense de temps, d'argent et de force nerveuse a été rentable, chacun en jugera pour sa part. Peut-être est-ce l'avenir qui justifiera le mieux nos efforts.

Il est aujourd'hui sûr et certain que le 4^e maximum de traitement ne sera pleinement accordé qu'aux maîtres des écoles moyennes supérieures. (Bien entendu, c'est le Grand Conseil qui en décidera en dernière instance.)

Une autre chose est certaine: nous sommes loin d'avoir obtenu tout ce que nous, enseignants de toutes les catégories, nous étions imaginé; nous avons pourtant obtenu quelque chose.

Nous nous trouvons dans une situation semblable à ce que nous connaissons fréquemment dans l'enseignement: malgré une habile préparation, du point de vue psychologique et méthodique, nous n'avons pas, ou seulement en partie, atteint le but visé. Alors, nous nous posons des questions:

- Notre objectif était-il trop élevé, et avons-nous pris nos désirs pour des éventualités réalisables?*
- Avons-nous volontairement, pour des raisons tactiques, demandé trop pour obtenir au moins quelque chose?*

Je ne veux pas répondre ici à ces questions. Un fait demeure: nos vœux n'ont été que partiellement satisfaits, nous n'avons pas atteint tous nos objectifs.

Gardons-nous, dans un premier mouvement de dépit à cause de ce que nous n'avons pas obtenu, de vouer à tous les diables l'ensemble de la loi et du décret sur les traitements, ainsi que l'ordonnance relative aux heures obligatoires d'enseignement. Efforçons-nous bien plutôt d'établir un bilan, de peser une nouvelle fois équitablement avantages et désavantages et, en fin de compte, de donner réponse à cette question: Que vaut encore pour nous, dans les circonstances présentes, la loi sur les traitements?

Dès le départ, cette nouvelle loi ne pouvait pas susciter une égale sympathie dans toutes les catégories d'enseignants; un changement de système tel que la cantonalisation des traitements du corps enseignant ne pouvait pas, c'était évident, entraîner pour tout le monde que des avantages.

I. Les désavantages de la nouvelle loi

1. Les augmentations de salaire sont très variables selon le lieu de travail et l'âge (suppression des allocations communales, des indemnités de logement et d'éloignement). Dans certains cas, il faut même envisager une garantie de la situation acquise.

2. L'échelonnement des catégories de traitement ne correspond pas aux vœux émis par les représentants des maîtres primaires, des maîtres secondaires et des maîtres de gymnase (qui, en fait, se contredisent partiellement). Du fait de la suppression du 4^e maximum pour toutes les catégories d'enseignants, à l'exception des maîtres aux écoles moyennes supérieures, la relation entre les différents salaires se trouve sensiblement perturbée.

3. L'ordonnance de la DIP relative aux heures obligatoires d'enseignement prévoit, pour maîtres primaires et maîtres secondaires, 28 leçons hebdomadaires à nombre égal de semaines (39). Le Comité cantonal rejette cette obligation et s'en tient à sa proposition du 21 juin 1971, à savoir: 28 leçons pour les maîtres primaires et 27 pour les maîtres secondaires, à nombre égal de semaines.

4. Les maîtresses d'ouvrages, en dépit de leur augmentation de traitement, auront de la peine, pratiquement, à atteindre l'équivalence de salaire avec les institutrices, — à cause de la difficulté d'arriver à un horaire complet de 29 leçons, étant donné les changements de lieu de travail auxquels elles sont astreintes. — Au cours d'une discussion à ce sujet, la DIP a fait preuve de compréhension pour la situation particulière des maîtresses d'ouvrages et laissé entrevoir que la perte de temps occasionnée par un enseignement dans des lieux scolaires différents pourrait être compensée par des leçons visant à décharger d'autres collègues. Toutefois, elle ne s'est engagée à rien qui puisse la lier dans ce domaine et n'a pas avancé de chiffres concrets.

Le responsable des procès-verbaux:

Hans Adam

(Adaptation française: F. Bourquin)

(A suivre)

Mitteilungen des Sekretariates

Volksabstimmung vom 3. Dezember

In der Sozialversicherung wird eine entscheidende Weiche gestellt:

P.d.A.-Initiative:

Extremer Zentralismus, anonyme Lösung.

Vorschlag der Bundesversammlung:

Die bestehenden Pensionskassen bleiben; wo nötig, werden neue gegründet. Die Versicherten üben ein direktes Mitspracherecht in «ihrer» Kasse aus. Beispiel: die gegenwärtige Statutenrevision der Bern. Lehrervereinigungskasse.

Wer auf eine flexible Lösung Wert legt, an deren Gestaltung er selber mitwirken kann, der stimmt

NEIN

zur P. d. A.-Initiative

JA

zum Vorschlag der Bundesversammlung
(Verfassungsänderung)

Der Leitende Ausschuss BLV

Communications du Secrétariat

Votation fédérale du 3 décembre

Attention à l'importance de la décision en matière de prévoyance sociale:

Initiative P. d. T:

Centralisme extrême, solution anonyme.

Projet des Chambres fédérales :

Maintien des caisses de retraites existantes, création de nouvelles en cas de besoin. Participation directe des assurés à la gestion de «leur» caisse (voir la révision actuelle des statuts de la Caisse d'assurance du corps enseignant).

Si vous préférez un organisme à votre taille, à la gestion duquel vous puissiez participer directement, alors votez

NON

à l'initiative du P. d. T.

OUI

au projet des Chambres fédérales
(amendement à la Constitution)

Le Comité directeur SEE

Lehrerbesoldungsgesetz und -decret

1. Lehrerbesoldungsgesetz

Am 15. November 1972 hat der Grosse Rat in 2. Lesung eine Anzahl Fragen entschieden, die die parlamentarische Kommission unter Vorsitz von Dr. Martignoni nach der 1. Lesung im September hatte überprüfen müssen. Es ging hauptsächlich um folgendes:

Artikel 1

Das Gesetz ist auf alle öffentlichen Schulen anwendbar, ausgenommen einige der Volkswirtschaftsdirektion unterstellte Handelsmittelschulen. (Wahrscheinlich werden diese auch ziemlich bald der ED unterstellt.)

Artikel 3

Mit knappem Mehr, aber wegen, eines leichten Formfehlers anlässlich der ersten Abstimmung, zu zwei Malen, hat das Parlament darauf verzichtet, ein förmliches Bewilligungsverfahren für die Nebenbeschäftigung der Lehrer einzuführen; es hat sich mit einem ähnlichen Wortlaut begnügt, wie die heutigen Art. 44 PSG und 56 MSG. Gestützt darauf werden die Schulkommissionen bei Missbrauch und Beeinträchtigung der Arbeit des Lehrers eingreifen und die ED dem Lehrer Nebenbeschäftigungen verbieten können. (Rekursrecht an den Regierungsrat.) – Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer wird durch Verordnung des Regierungsrates festgesetzt werden, nicht durch Dekret des Grossen Rates, trotz einem vorübergehenden Beschluss in diesem Sinn.

Artikel 4

Ausser dem Spezialunterricht, der erweiterten Oberschule, der Weiterbildungsklasse und der Übungsklasse für Seminare wird ein fünftes Beispiel für die Funktionen aufgeführt, die auf besondere Zulagen Anrecht geben: die mehrstufige Klasse bei einer Minimalzahl von Schülern, die durch Verordnung festzusetzen ist. (Im übrigen ist die Aufzählung nicht erschöpfend.) Diese Zulagen sind ohne weiteres teuerungszulagengerechtigt.

Eine neue Schattierung im Abs. 3 wird gestatten, zusätzliche Stunden proportional zur Grundbesoldung zu entschädigen.

Abs. 5 verbietet den Gemeinden – der Erziehungsdirektor hat es vor dem Rat bestätigt – den Lehrern irgendwelche direkte oder indirekte finanzielle Vorteile über das im Gesetz oder den ausführenden Erlassen vorgesehene hinaus zu gewähren.

Artikel 10

Der Grosse Rat bestätigt seinen Willen, dass der Lehrer in der Gemeinde Wohnsitz zu nehmen habe; Ausnahmen kann die ED gestatten.

Die Gemeinde kann den Lehrer nicht mehr zwingen, eine gemeindeeigene Wohnung zu übernehmen. Der Mietzins einer solchen Wohnung wird von Amtes wegen durch eine kantonale Kommission festgesetzt.

Artikel 12

Die Besoldungen werden von der Staatsverwaltung mittels einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage berechnet und ausbezahlt; eine vorübergehende Ausnahme ist allenfalls für die grösseren Gemeinden vorgesehen.

Loi et décret relatifs aux traitements

1. Loi sur les traitements des enseignants

Le 15 novembre 1972, le Grand Conseil a tranché en deuxième lecture un certain nombre de questions que la commission parlementaire, présidée par M. Dr Martignoni, avait eu à revoir après la première lecture (session de septembre). Il s'agissait surtout des matières suivantes:

Article 1

La loi est applicable à toutes les écoles publiques, sauf quelques écoles moyennes de commerce rattachées à la Direction de l'économie publique. (Il est probable que ces dernières changeront aussi de dicastère dans un avenir assez proche.)

Article 3

A une faible majorité et (à cause d'un léger vice de forme lors de la première votation) à deux reprises, le parlement a renoncé à introduire une procédure formelle d'autorisation pour les occupations accessoires des enseignants et s'est contenté d'une formule analogue aux articles 44 LEP et 56 LEM. Les commissions d'école pourront intervenir en cas d'abus et si le travail professionnel du maître en souffre, et la DIP sera à même d'interdire les occupations accessoires du maître. (Droit de recours au Conseil-exécutif.) – L'horaire obligatoire des maîtres sera fixé par ordonnance du Conseil-exécutif, non par décret du Grand Conseil, ce qui avait été décidé à un certain moment.

Article 4

A part l'enseignement spécial, l'école primaire supérieure, la classe de perfectionnement et la classe d'application, un cinquième exemple de fonctions donnant droit à un supplément de traitement a été introduit dans le texte: la classe à plusieurs degrés, à condition que l'effectif dépasse un chiffre à fixer par ordonnance. (La liste, du reste, n'est pas exhaustive.) Ces suppléments seront automatiquement mis en compte lors du calcul des allocations de cherté.

Une nuance introduite à l'alinéa 3 de l'article 4 permettra de payer les leçons supplémentaires proportionnellement au traitement de base.

L'alinéa 5 interdit aux communes – le directeur IP l'a confirmé à la tribune – d'accorder aux enseignants n'importe quel avantage pécuniaire, ni direct, ni indirect, qui ne soit prévu par la loi ou la législation d'application.

Article 10

Le Grand Conseil confirme sa volonté que l'enseignant prenne domicile dans la commune, sauf exception, qui est du ressort de la DIP.

La commune ne peut plus forcer le maître à reprendre un logement officiel. Les loyers des logements appartenant à la commune seront fixés d'office par une commission cantonale.

Article 12

Les traitements seront calculés par l'Etat, à l'aide d'un ordinateur, et versés par ses soins; tout au plus faudra-t-il faire une exception passagère pour les grandes communes.

Hier hat die grossrätliche Kommission die Frage der Wählbarkeit der Lehrer in den Grossen Rat nach der «Kantonalisierung» der Besoldungen aufgeworfen. Prof. Gygi verneint die Wählbarkeit in einem Gutachten. Bereits hat der Regierungsrat seine Absicht angekündigt, eine Revision von Art. 20 der Kantsverfassung zu beantragen, damit die Lehrer weiterhin dem Parlament angehören können; gleichzeitig würden wohl auch Hochschulprofessoren und Geistliche wählbar erklärt.

Artikel 18

Der Rat bestätigte den Kostenverteilungsschlüssel, den er in 1. Lesung beschlossen hatte: der Staat wird $\frac{3}{7}$, die Gesamtheit der Gemeinden $\frac{4}{7}$ des Totals der Löhne, Zulagen und Arbeitgeberbeiträge an die Versicherung leisten. Der Regierungsrat hatte an seinem 1. Vorschlag festgehalten (40 : 60%).

Für die Verteilung der Lasten auf die einzelnen Gemeinden soll auf die Schülerzahlen und die Steuerverhältnisse abgestellt werden.

2. Erläuterungen zum Gesetz

2.1 Inkrafttreten

Das Gesetz wurde in der Schlussabstimmung mit 131 gegen 4 Stimmen angenommen; letztere stammten aus dem Jura, von einem Antiseparatisten und 3 Separatisten! Sobald das Gesetz gedruckt ist, wird es den Bürgern und Bürgerinnen zugestellt.

Trotz mehr oder weniger offenen Drohungen verschiedenster Herkunft hat der Grosse Rat mit starkem Mehr einen Antrag, das Gesetz selber der Volksabstimmung zu unterbreiten, verworfen. Wenn innerhalb dreier Monate nach der Veröffentlichung nicht wenigstens 5000 Bürger unterschriftlich die Volksabstimmung verlangen (fakultatives Referendum), wird das Gesetz auf 1. April 1973 in Kraft treten. Das Gesetz und besonders das darauf fussende Dekret gewähren der Lehrerschaft eine zwar zwischen Stadt und Land sehr ungleich verteilte Besoldungserhöhung, die aber durchschnittlich ungefähr derjenigen entspricht, die das Parlament im Mai zugunsten der Staatsbeamten beschlossen hat: es besteht daher kein gerechter Grund, der Lehrerschaft die entsprechende Besserstellung zu verweigern. Wir verstehen, dass das Budget-Defizit pro 1973 zu denken gibt; doch geht es nicht an, es auf Kosten einer einzigen Kategorie öffentlicher Bediensteter zu mildern.

2.2 Im Fall der Verwerfung

Wenn der Grosse Rat den schon recht lebhaften Zug aus den bernischen Seminaren in die Klassen der benachbarten, besser zahlenden Kantone nicht noch verstärken will, bliebe ihm nach einer allfälligen Verwerfung des Gesetzes durch das Volk nur der Ausweg übrig, uns aus eigener Kompetenz und entsprechend Art. 28 des Lehrerbesoldungsgesetzes von 1965 einen Zuschlag von mindestens 10% auf den Grundbesoldungen zu gewähren, ähnlich wie er es im Mai durchschnittlich für die Staatsbeamten getan hat. (Der 13. Monatslohn und 7% Teuerungszulagen sind auch für die Lehrerschaft endgültig beschlossen.) Gesamthaft würde diese Globalerhöhung von 10% weder für den Staat noch für die Gemeinden wesentlich weniger ausmachen als die vorliegende Gesetzesrevision. Dagegen bliebe das vom Parlament energisch kritisierte System örtlicher Zulagen und Reglemente zum Nachteil der Landschaft bestehen.

C'est ici que la commission parlementaire a soulevé la question de l'éligibilité des enseignants au Grand Conseil, après la «cantonalisation» des salaires. Le professeur Gygi, consulté, répondit par la négative. Le Conseil exécutif a déjà annoncé son intention de proposer une révision de l'art. 20 de la Constitution cantonale, afin que les enseignants puissent continuer à faire partie du parlement; du même coup serait levée l'interdiction qui s'adresse aujourd'hui aux professeurs de l'Université et aux ecclésiastiques.

Article 18

Le parlement maintient la clé de répartition fixée en première lecture: l'Etat supportera $\frac{3}{7}$, l'ensemble des communes $\frac{4}{7}$ du total des traitements, allocations et primes d'assurance (part de l'employeur). Le Conseil exécutif a défendu en vain sa proposition première (40 : 60%).

Pour la peréquation entre les communes, on tiendra compte du nombre des élèves et de la capacité contributive.

2. Commentaire relatif à la loi

2.1 Entrée en vigueur

La loi a été acceptée en votation finale par 131 voix contre 4 provenant du Jura (un antiséparatiste et trois séparatistes!). Sitôt qu'elle sera imprimée, les citoyens et citoyennes la recevront.

Malgré des menaces de référendum, ouvertes ou voilées, venant de milieux très différents, le Grand Conseil a repoussé, à une très forte majorité, une proposition de soumettre directement la loi à la votation populaire. Si donc, dans l'espace de trois mois après la publication officielle, il n'y a pas de demande écrite d'au moins 5000 citoyens (référendum facultatif), la loi entrera en vigueur au 1^{er} avril 1973. Comme la loi et le décret d'application nous accordent, *en moyenne*, bien que dans une mesure très inégale entre la ville et la campagne, à peu près la même augmentation de traitement que celle votée en mai par le parlement cantonal au profit des fonctionnaires de l'Etat, il n'y a aucun motif équitable de refuser sa part au corps enseignant. Nous comprenons que le déficit du budget pour 1973 donne à réfléchir, mais ce n'est pas sur le dos d'une seule catégorie de fonctionnaires publics qu'il convient de le réduire.

2.2 En cas de rejet

A moins de renforcer le courant, déjà assez fort, qui entraîne les jeunes collègues directement des Ecoles normales bernoises dans les classes des cantons environnans, aux salaires élevés, il ne resterait au Grand Conseil, en cas de rejet de la loi par le peuple, qu'à nous accorder, de sa propre compétence, et comme le prévoit l'art. 28 de la loi de 1965, une augmentation de base d'au moins 10%, par analogie avec celle dont ont joui les fonctionnaires. (Le 13^e mois de salaire et 7% d'allocation de cherté nous sont déjà acquis définitivement.) Le montant total de cette augmentation (10%) ne serait guère inférieur à la solution proposée actuellement, ni pour l'Etat, ni pour les communes. Par contre, le système – énergiquement critiqué par le parlement – des allocations et règlements communaux persisterait, au détriment des campagnes.

Wir hoffen, die klare Vernunft und der Gerechtigkeitssinn werden die Oberhand behalten; nach ruhiger Überlegung sollte keine Gruppe, welche es auch sei, der Schule schaden und die Landlehrerschaft enttäuschen wollen, die sich besonders darauf freut, den Kollegen in den grossen Zentren gleichgestellt zu werden.

3. Das Lehrerbesoldungsdekret

3.1 Vorbemerkung

Das Gesetz bildet nur einen Rahmen; der konkrete Inhalt findet sich im Dekret. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird das Parlament das Recht (und die Pflicht) haben, die Besoldungen der Lehrerschaft selbstständig und endgültig festzusetzen; das fakultative Referendum betrifft bekanntlich nur Gesetze, nicht Dekrete.

Damit die neuen Besoldungen vom April 1973 an ausgerichtet werden können, hat der Grosse Rat bereits am 15. November 1972 das Ausführungsdekret verabschiedet, aber nur unter der Bedingung, dass das Gesetz, auf das es sich abstützt, stillschweigend oder, im Fall eines Referendums, in der Volksabstimmung angenommen wird. Die Abstimmung könnte kaum vor Mai 1973 erfolgen, und die rückwirkende Inkraftsetzung auf 1. April würde der kantonalen Verwaltung und den Gemeinden selber völlig überflüssige Zusatzarbeit und Kosten verursachen. (Dieselbe Bemerkung gälte im Fall der Verwerfung des Gesetzes durch das Volk; siehe P. 2.2 hiernach.)

3.2 Der Inhalt des Dekretes

Art. 2

Die nachstehenden Ansätze beziehen sich auf ein Vollamt, das der Regierungsrat in der Verordnung über die Pflichtlektionenzahl definieren wird.

Art. 3

	Min.	DAZ AAS	1. Max. 1 ^{er} max.	2. Max. 2 ^e max.	3. Max. 3 ^e max.	4. Max. 4 ^e max.		
1. Kindergärtnerin	17 822	683	23 286	24 652	26 018	26 701	1. Fröbelienne	
2. Arbeitslehrerin	21 931	906	29 179	30 991	32 803	33 709	2. m. d'ouvrages	
3. Haushaltungslehrerin (1.-9. Schuljahr) Primarlehrer(in)	23 279	958	30 943	32 859	34 775	35 733	3. m. ménagère (scolarité obligatoire) Instituteur (Institutrice)	
4. Sekundarlehrer(in)	27 966	1 310	38 446	41 066	43 686	44 996	4. m. secondaire	
5. Lehrer an Fortbildungs-, Anschluss- und Vorbereitungsklassen	30 855	1 302	41 271	43 875	46 479	47 781	5. m. des classes de perfec- tionnement, de rac- cordement et de préparation	
6. Lehrkräfte an höhern Mittelschulen	Kat. A B C D E	33 744 31 689 29 763 26 296 24 756	1 295 1 238 1 181 1 244 1 178	44 104 41 593 39 211 36 248 34 180	46 694 44 069 41 573 38 736 36 536	49 284 46 545 43 935 41 224 38 892	51 874 49 021 46 297 42 468 40 070	Cat. A B C D E

Nous espérons que la raison saine et le sens de l'équité l'emporteront et que, à tête reposée, aucun groupe, quel qu'il soit, ne voudra nuire à l'école en décevant le corps enseignant rural qui se réjouit spécialement d'être mis sur un pied d'égalité avec celui des grands centres.

3. Le décret relatif aux traitements des enseignants

3.1 Remarque liminaire

La loi ne formant qu'un cadre, la substance concrète se trouve dans le décret. Une fois que la nouvelle loi sera en vigueur, le parlement aura le droit (et le devoir) de fixer en dernière instance les traitements des enseignants; en effet, le référendum facultatif ne s'applique qu'aux lois, pas aux décrets.

Pour que les nouveaux traitements puissent être versés dès avril 1973, le Grand Conseil a promulgué le décret d'exécution le 15 novembre 1972 déjà, mais à titre conditionnel: il n'entrera en vigueur que si la nouvelle loi, sur laquelle il s'appuie, est acceptée, tacitement ou en votation populaire, en cas de référendum. La votation ne pourrait guère avoir lieu avant mai 1973, et l'effet rétroactif au 1^{er} avril causerait à l'administration cantonale et aux communes mêmes un surcroît de travail et des frais bien inutiles. (Même remarque en cas de rejet de la loi par le peuple, v. 2.2 ci-dessus.)

3.2 Le contenu du décret

Article 2

Les montants ci-après se rapportent à un poste complet, à définir dans l'ordonnance du Conseil-exécutif qui fixera l'horaire obligatoire des enseignants.

Anmerkungen

1. Obige Grundbesoldungen entsprechen 120 P. des Landesindex; für 1973 kommen zunächst 7% TZ und im Juni und Dezember 1973 je ein halber 13. Monatslohn hinzu, evtl. im Dezember 1973 eine Nachteuerungszulage.
Das 4. Maximum wird erst ab 1. 4. 1974 ausbezahlt, außer an Kat. 6 A B C (s. Art. 5).
2. Diese Zahlen gelten für ein volles Pensum gemäß (kommender) Verordnung des Regierungsrates betr. Pflichtlektionenordnung. Teilpensen werden anteilmäßig besoldet.
3. Die Kategorien der Lehrer an höheren Mittelschulen sind:
 - A Lehrer mit Gymnasiallehrerpatent
Musiklehrer mit Konzertdiplom
Methodiklehrer
Lehrer mit Doktorat oder Lizenziat
 - B Sekundarlehrer
Zeichenlehrer mit anerkannter Fachausbildung
Turnlehrer II
Gesanglehrer mit anerkannter Fachausbildung
Musiklehrer mit Lehrdiplom
 - C Turnlehrer mit Ausweis I
Fachlehrer
 - D Haushaltungslehrerinnen und Arbeitslehrerinnen an Seminaren
 - E Kindergärtnerinnen an SeminarenDie Besoldungen der Rektoren an höheren Mittelschulen werden im Rahmen der Kl. 1 bis A 3 des Staatspersonals festgesetzt (ED + FD).
4. «Über die Bewertung und Anerkennung der Ausweise in besonderen Fällen entscheidet die ED» (Art. 3, Al. 3).

Art. 4

Die 1. Alterszulage wird mit dem 2. Dienstjahr fällig; alle Lehrkräfte werden somit schon zu Beginn des 9. Dienstjahres das 1. Lohnmaximum erreichen (gegenüber dem 11. und 13. Dienstjahr heute, je nach Stufe).

Art. 5

Von dem Semester an, das auf die Vollendung des 35. und 40. Altersjahres folgt, hat der Lehrer, der sich über 8 (12) wirkliche oder angerechnete Dienstjahre ausweist, Anrecht auf eine Lohnerhöhung im Betrag von zwei Alterszulagen.

Mit vollendetem 45. Jahr (und bei mindestens 15 Dienstjahren) wird die 3. und letzte Zulage fällig, in der Höhe einer Alterszulage (4. Maximum). Diese zäh umstrittene Bestimmung ist das Ergebnis eines Kompromisses, den ein Lehrergrössrat in letzter Minute vorgeschlagen und dem sich die parlamentarische Kommission knapp mit 10 : 8 Stimmen angeschlossen hat, nachdem sie zwei andere Varianten verworfen hatte. Im Bestreben, die im Mai 1972 für die Kantonsfunktionäre (zu denen einige hundert Seminar- und Gymnasiallehrer sowie Sekundar- und Primarlehrer gehören) festgesetzten Besoldungsverhältnisse nicht anzutasten, hat der Regierungsrat bis zum Schluss an seinem Antrag festgehalten, den letzten Zuschlag bzw. das 4. Maximum einfach zu streichen. Die Konzession, die die Kommission zum Nachgeben

Remarques

1. Les traitements de base ci-dessus correspondent à 120 p. de l'indice national; pour 1973, il convient d'y ajouter 7% d'allocation de cherté et en juin et décembre chaque fois un demi-mois de salaire (13^e), en décembre 1973 évent. une allocation de cherté complémentaire.
Le 4^e maximum ne sera versé que dès le 1^{er} avril 1974, sauf pour les cat. 6 A B C (v. art. 5).
2. Ces montants sont valables pour un poste complet selon l'ordonnance (attendue) du Conseil-exécutif concernant l'horaire obligatoire. Des postes partiels sont rétribués proportionnellement.
3. Les catégories des professeurs aux écoles moyennes supérieures sont les suivantes:
 - A enseignants détenteurs du brevet de maître de gymnase
maîtres de musique avec brevet de virtuosité
maîtres de méthodologie
maîtres avec doctorat ou licence
 - B maîtres secondaires
maîtres de dessin avec une formation spécialisée reconnue
maîtres de gymnastique II
maîtres de chant avec une formation spécialisée reconnue
maîtres de musique avec brevet d'enseignement
 - C maîtres de gymnastique avec certificat I
maître de branche
 - D maîtresses ménagères et maîtresses d'ouvrages aux Ecoles normales
 - E maîtresses d'école enfantine aux Ecoles normalesLes traitements des directeurs (recteurs) des écoles moyennes supérieures seront fixés par les DIP et DF dans le cadre des cl. 1 – A 3 de l'administration cantonale.
4. «En ce qui concerne la mise à profit et la reconnaissance des titres dans des cas particuliers, la Direction de l'instruction publique décide.» (Art. 3, al. 3).

Article 4

La première allocation est due dès la deuxième année de service; les enseignants de toutes les catégories atteindront le premier maximum de traitement au début de la 9^e année déjà (au lieu de la 11^e et 13^e aujourd'hui, selon le degré).

Article 5

Dès le semestre faisant suite à l'accomplissement de la 35^e et 40^e année d'âge, le maître qui fait état de 8 (12) années de service (effectives ou reconnues) aura droit à une augmentation qui équivaut à 2 allocations pour années de service.

A 45 ans révolus (et après 15 années de service au moins), ce sera le 3^e et dernier supplément équivalant à une seule allocation pour années de service (4^e maximum). Cette disposition, apremment disputée, est le résultat d'un compromis proposé en dernière minute par un enseignant député et auquel la commission parlementaire ne s'est ralliée par 10 : 8 voix qu'après avoir rejeté deux autres variantes. Le Conseil-exécutif, soucieux de ne pas toucher aux proportions fixées par le décret de mai 1972 pour les fonctionnaires de l'Etat (dont quelques centaines de professeurs d'Ecole normale et de gymnase et

bewogen hat, ist erträglich: Diese letzte Zulage wird erst ab 1. April 1974 in Kraft treten. (Ausnahme: Die Gymnasial- und Seminarlehrer, deren 4. Maximum schon seit Mai 1972 feststand.)

Art. 6

Der Grosse Rat wird verpflichtet, der Lehrerschaft dieselben Teuerungszulagen, Reallohnherhöhungen und Anpassungen der versicherten Besoldung zu gewähren, wie den Staatsbeamten.

Art. 7

Zulagen für besondere Leistungen bei Vorliegen der erforderlichen Ausweise:

Besondere Klassen, Vollzeitausbildung	Fr. 4500.-
dito, berufsbegleitende Ausbildung	Fr. 3600.-
Weiterbildungsklasse (10. Schuljahr), Übungsklasse	Fr. 4500.-
Erweiterte Oberschule, Übungskindergarten ausserhalb des Seminars	Fr. 2400.-
Übungslehrerin an HHL-Seminar	Fr. 1000.-

Für spezielle Leistungen und aufgrund besonderer Verhältnisse kann der Regierungsrat weitere Zulagen beschliessen.

Art. 9

Dienstaltersgeschenke (voller Monatslohn) nach 20, 25, 30, 35, 40 und 45 Dienstjahren.

Art. 10

Ortszulagen in gewissen Gemeinden (Maximum: Fr. 600.- jährlich) wie für die Staatsbeamten.

Art. 11-12

Sozialzulagen wie bisher.

Art. 16

Der Anteil der Besoldung zu Lasten der Gemeinde wird zu 55 % aufgrund der Schülerzahlen und zu 45 % aufgrund der Steuerkraft berechnet.

Art. 21

Nominelle Besitzstandsgarantie.

Umschreibung durch den Erziehungsdirektor im Grossen Rat: Bei gleicher Belastung wird niemand infolge des Systemwechsels weniger verdienen. Der BLV verhandelt mit der ED weiter, um eine verständnisvolle Anwendung des Begriffes «Bei gleicher Belastung» zu gewährleisten.

Absatz 2 verlangt, dass die Lehrer innert 3 Monaten nach Inkrafttreten des Dekretes eine begründete schriftliche Eingabe an die ED einreichen, wenn sie sich auf die Besitzstandsgarantie berufen wollen.

Voraussichtlich wird es sich nur um einige extreme Gruppen handeln (Jüngste und Ältere), in Gemeinden mit bisher sehr guten Arbeitsbedingungen; die Besoldungsspezialisten dieser Gemeinden oder Sektionen werden ihre Kollegen zu beraten haben. Nötigenfalls stehen das Zentralsekretariat und der Rechtsberater zur Verfügung.

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

autres enseignants, secondaires et primaires), a défendu jusqu'au bout sa proposition de supprimer purement et simplement ce dernier supplément qui mène au 4^e maximum. La concession qui a fait céder la commission est acceptable: le 4^e maximum n'entrera en vigueur qu'avec une année de retard, dès le 1^{er} avril 1974 (sauf pour les professeurs de gymnase et d'EN, dont le droit au 4^e maximum était acquis dès mai 1972).

Article 6

Le Grand Conseil est tenu d'accorder au corps enseignant les mêmes allocations de vie chère, augmentations en valeur réelle et adaptations des traitements assurés qu'aux fonctionnaires de l'Etat.

Article 7

Suppléments pour fonctions demandant une formation spéciale:

Pédagogie curative, formation à plein temps	Fr. 4500.-
id., formation abrégée	Fr. 3600.-
Classe de perfectionnement (10 ^e année) ou d'application	Fr. 4500.-
Ecole primaire supérieure, jardin d'enfants servant de classe d'application non rattachée à une EN	Fr. 2400.-
Classe d'application, EN ménagère	Fr. 1000.-

Le Conseil-exécutif peut allouer d'autres suppléments pour prestations spéciales.

Article 9

Cadeaux d'ancienneté (mensualité entière) après 20, 25, 30, 35, 40 et 45 années de service.

Article 10

Allocations de résidence dans certaines communes (max.: Fr. 600.- par an) comme pour les fonctionnaires de l'Etat.

Articles 11-12

Allocations sociales (inchangées).

Article 16

La part du traitement à supporter par la commune est calculée à raison de 55 % sur la base du nombre des élèves et de 45 % sur la base de la capacité contributive.

Article 21

Garantie nominale de la situation acquise.

Déclaration du directeur IP à la tribune: personne ne gagnera moins, à charge égale, du fait du changement de système.

La SEB continue les tractations avec la DIP en vue d'une application compréhensive de la notion «à charge égale».

L'alinéa 2 exige des enseignants qu'ils fassent une demande écrite, dûment motivée, à la DIP, dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du décret, s'ils veulent faire état de la garantie de la situation acquise.

Comme il ne s'agira vraisemblablement que de certaines catégories extrêmes (jeunes ou âgées) dans des communes aux conditions de travail très favorables, les spécialistes en matière de traitements de ces communes ou sections conseilleront leurs collègues; au besoin, le secrétariat central et son avocat-conseil se tiendront à disposition.

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 50 müssen spätestens bis *Freitag, 8. Dezember, 7 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Sektion Herzogenbuchsee-Seeberg des BLV. Unter der kundigen Führung von Herrn Dr. Lutz und Herrn Weyermann besuchte die Sektion am 8. November das Kernkraftwerk Mühleberg. Hervorzuheben ist die Besichtigung der Maschinenhalle und des Reaktors. In der Diskussion kam man u. a. auf Probleme des geplanten Standortes Graben für ein weiteres Kernkraftwerk zu sprechen.
Ch. G.

Verband bernischer Lehrerturnvereine. Delegiertenversammlung 1972: Samstag, 16. Dezember, 14.30 in der Turnerstube des Restaurants «Bürgerhaus» in Bern. Traktanden nach Statuten.

Lehrerturnverein Burgdorf. 4. Dezember, 17.00 Gsteighof. Skiturnen, anschliessend Spiel.

Wintertagung des Verbandes bernischer Lehrerturnvereine
Voranzeige

Der Lehrerturnverein Emmental ist mit der Durchführung der Wintertagung 1973 betraut worden. Dieser Anlass findet statt in *Langnau am Samstag, den 10. Februar 1973* (kein Verschiebungsdatum). Aus dem Programm: Vormittag ab 9.00 Eishockeyturnier auf der Kunsteisbahn, Volleyball auf drei Plätzen in der Sporthalle und Turnhalle Primarschulhaus. Nachmittag 13.00 Besammlung beim Hallenbad, anschliessend Skiwandern und Langlauf für Anfänger und Fortgeschrittene im Gebiet Langnau, «Alpiner» Skilauf im Gebiet Eggiwil-Netschbühl. (Skilift). 17.00 Erholung im Hallenbad Langnau. 19.00 Nachtessen im Hotel Ilfisbrücke, anschliessend Tanz bis halb ein Uhr. Die durchführende Sektion wird sich bemühen, den Teilnehmern im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein vielseitiges Programm zu mässigen Preisen zu bieten. Alle näheren Angaben werden anfangs Januar im Schulblatt veröffentlicht und den Sektionen direkt mitgeteilt.

Lehrerturnverein Emmental

Pestalozzi-Kalender 1973 NEU! 3 Wettbewerbe



in Buchhandlungen
und Papeterien erhältlich

**Verlag Pro Juventute
8008 Zürich Fr. 7.50**

**Stadttheater
Bern**

Dienstag,
5. Dezember 1972,
20 Uhr

**Land-
abonnement**

Die Räuber
Schauspiel
von Friedrich Schiller

Vorverkauf:
Theaterkasse
Telefon 031 22 07 77

**Stadttheater
Bern**

Mittwoch,
6. Dezember 1972,
20 Uhr

**Land-
abonnement**

**Iphigenie auf
Tauris**
Musikdrama von
Christoph Willibald Gluck

Vorverkauf:
Theaterkasse
Telefon 031 22 07 77

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Insertionspreis: 50 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.

Annoncenregie: Orell Füssli-Annoncen AG, 3001 Bern, Zeughausgasse 14, Telefon 031 22 21 91, und übrige Filialen.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Biel, tél. 032 2 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Annonces: prix pour la ligne d'un millimètre, une colonne 50 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli-Annonces S. A., 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031 22 21 91, et autres succursales.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.